



25. September 2020

Erläuterungen der Änderungen vom 25. September 2020

zur Verordnung über Massnahmen in der Justiz und im Verfahrensrecht im Zusammenhang mit dem Coronavirus

(COVID-19-Verordnung Justiz und
Verfahrensrecht) vom 16. April 2020

1 Einleitung

Eine funktionsfähige Justiz ist für den Rechtsstaat unabdingbar und damit systemrelevant. Das gilt umso mehr in einer Krise wie der derzeitigen Corona-Epidemie. Auch jetzt hat die Justiz den Auftrag und die Verantwortung, ihre Funktion wahrzunehmen: Verfahren und Prozesse mit allen Verfahrensschritten wie Eingaben, Einvernahmen, Beweiserhebungen, Verhandlungen, Entscheiden und Rechtsmitteln sollen eingeleitet, durchgeführt und abgeschlossen werden können. Es ist auch jetzt unverzichtbar, dass im Streitfall auf eine funktionsfähige Justiz zurückgegriffen werden kann und Streitigkeiten, die nicht einvernehmlich gelöst werden, möglichst rasch behördlich oder gerichtlich entschieden werden.

Am 16. April 2020 hat der Bundesrat daher gestützt auf Art. 185 Abs. 3 BV die Covid-19-Verordnung Justiz und Verfahrensrecht erlassen. Diese ist bis am 30. September 2020 befristet.

Nach Art. 7d Abs. 2 Bst. a des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG; SR 172.010) treten auf Art. 185 Abs. 3 BV gestützte Verordnungen in jedem Fall ausser Kraft, wenn der Bundesrat nicht innert sechs Monaten nach ihrem Inkrafttreten der Bundesversammlung einen Entwurf einer gesetzlichen Grundlage für den Inhalt der Verordnung (Ziff. 1) oder einer Verordnung der Bundesversammlung gemäss Art. 173 Abs. 1 Bst. c BV, welche die Verordnung des Bundesrates ersetzt (Ziff. 2), unterbreitet. Ferner treten die Verordnungen ausser Kraft, wenn die gesetzliche Grundlage oder die sie ersetzende Verordnung der Bundesversammlung in Kraft tritt oder nach der Ablehnung des Entwurfs durch die Bundesversammlung (Art. 7d Abs. 2 Bst. b und c RVOG). Der Bundesrat hat daher am 12. August 2020 die Botschaft zum Covid-19-Gesetz (BBI 2020 6563) verabschiedet, mit welchem die gesetzlichen Grundlagen für die auf Art. 185 Abs. 3 BV gestützten Covid-19-Verordnungen geschaffen werden, die länger als sechs Monate in Kraft bleiben müssen.

Mit der Änderung vom 25. September 2020 wird die Covid-19-Verordnung Justiz und Verfahrensrecht bis zum Ende der vorgesehenen Geltungsdauer des Covid-19-Gesetzes verlängert, d.h. bis 31. Dezember 2021. Selbstverständlich wird die Verordnung bereits früher ganz oder teilweise aufgehoben, wenn die Notwendigkeit dafür nicht mehr gegeben ist.

Nach aktueller Planung soll das Gesetz von beiden Räten in der Herbstsession beraten, verabschiedet und für dringlich erklärt werden. Die Schlussabstimmung soll am 25. September 2020 stattfinden, so dass das Gesetz im Fall einer Dringlicherklärung am 26. September 2020 in Kraft treten würde. Mit Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes müssen die Verordnungen nicht aufgehoben und ersetzt werden. Vielmehr ändert sich lediglich die Grundlage: An die Stelle von Art. 185 Abs. 3 BV tritt die entsprechende gesetzliche Grundlage im Covid-19-Gesetz (vgl. Art. 5 E-Covid-19-Gesetz). Die Ingresse der Verordnungen werden nach dem Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes entsprechend anzupassen sein. Es besteht zudem die Möglichkeit, dass einzelne Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes vom Parlament so geändert werden, dass inhaltliche Anpassungen der Verordnung nötig werden. Bei einem Nichteintreten oder einer Ablehnung des Covid-19-Gesetzes tritt die Verordnung gemäss Art. 7d Abs. 2 Bst. c RVOG sofort ausser Kraft.¹

Neben der Verlängerung der Geltungsdauer beinhaltet die Änderung die Aufhebung der Ausnahmenregelung für den Verzicht auf Verhandlungen (Art. 5) sowie die Anpassungen der

¹ Am 25. September 2020 wurde das Covid-19-Gesetz von beiden Räten verabschiedet und für dringlich erklärt, so dass das Gesetz am 26. September 2020 in Kraft tritt. Damit ändert sich die Grundlage der Verordnung (vgl. Art. 7 Covid-19-Gesetz).

Regelung bzgl. Einsatz von Video- und Telefonkonferenzen (Art. 2 Abs. 1 und 2, Art. 3) sowie Zustellung ohne Empfangsbestätigung im Betreibungsverfahren (Art. 7 Abs. 1).

2 Erläuterungen der Änderungen im Einzelnen

Einsatz von Videokonferenzen (Art. 2 Abs. 1 und 2)

Da die Durchführung einer Verhandlung mit gleichzeitiger physischer Anwesenheit des Gerichts und der Parteien in der aktuellen Lage unter Einhaltung der BAG-Empfehlungen im Einzelfall nicht oder kaum möglich sein kann, sieht die Verordnung unter bestimmten Voraussetzungen den Einsatz von Videokonferenzen vor. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung ist dieser Einsatz im Übrigen im heutigen Zivilprozessrecht nicht vorgesehen und dieses bietet daher keine Handhabe, eine Partei zur Teilnahme an einer via Videokonferenz durchgeführten Hauptverhandlung zu verpflichten, sondern setzt für die elektronische Kommunikation mit den Parteien grundsätzlich deren Einverständnis voraus.²

Absatz 1 hält fest, dass der Einsatz von Videokonferenz-Lösungen für Verhandlungen die Ausnahme darstellt und daher nur unter bestimmten Voraussetzungen in Betracht kommen kann (*Einleitungssatz*). Gemäss der skizzierten bundesgerichtlichen Rechtsprechung ist grundsätzlich das Einverständnis beider bzw. aller Parteien vorauszusetzen (*Bst. a*). Mit der Änderung kann in Zukunft im Einzelfall nur in drei Fällen von diesem Einverständniserfordernis abgewichen werden: Erstens kann mindestens eine Partei oder ihre Parteivertretung dies beantragen und glaubhaft machen, dass sie oder er zu einer Kategorie der durch das Coronavirus besonders gefährdeten Personen gehört und keine wichtigen Gründe gegen die Durchführung einer Verhandlung mittels Videokonferenz sprechen (*Bst. b*) oder zweitens wenn ein Gerichtsmitglied zu einer der Kategorien der durch das Coronavirus besonders gefährdeten Personen gehört und ebenfalls keine wichtigen Gründe gegen die Durchführung einer Verhandlung mittels Videokonferenz sprechen (*Bst. c*). Zum Dritten kommt die Durchführung einer Verhandlung mittels Videokonferenz weiterhin auch bei besonderer Dringlichkeit ohne Einverständnis der Parteien in Betracht (*Bst. d*).

Mit diesen Regelungen wird insbesondere den Bedürfnissen von durch das Coronavirus besonders gefährdeten Personen Rechnung getragen. Begrifflich wird damit an die Bestimmung über Kategorien besonders gefährdeter Personen in der inzwischen aufgehobenen COVID-19-Verordnung 2³ angeknüpft, deren früherer Anhang 6 heute in der Form entsprechender, vom BAG publizierten "Kategorien besonders gefährdeter Personen"⁴ weitergeführt wird. Dabei geht es sowohl um die Parteien und ihre Vertretung (d.h. insb. ihre Anwältinnen und Anwälte) als auch die Mitglieder des Gerichts (d.h. die Richterinnen und Richter). In diesen beiden Konstellationen dürfen überdies keine wichtigen Gründe gegen die Durchführung einer Verhandlung mittels Videokonferenz sprechen. Im Rahmen dieser Prüfung sind insbesondere auch die berechtigten Interessen einer nicht zustimmenden (Gegen-)Partei sowie allfällige Besonderheiten des konkreten Einzelfalls oder dessen Umstände sowie andere schützenswerte Interessen zu berücksichtigen. Bei seiner Entscheidung hat das zuständige Gericht insbesondere auch die technischen Möglichkeiten der Parteien zu berücksichtigen und den Parteien das rechtliche Gehör zu gewähren. Die weiteren Voraussetzungen für den Einsatz von Videokonferenzen werden wie bisher in Artikel 4 geregelt.

Absatz 2 regelt den Einsatz von Videokonferenzen bei Zeugeneinvernahmen und der Erstat-

² Vgl. BGer 4A_180/2020 vom 6. Juli 2020 (zur Publikation vorgesehen) und 4A_220/2020 vom 10. Juli 2020.

³ Vgl. Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) vom 13. März 2020 (SR 818.101.24; aufgehoben).

⁴ Abrufbar unter https://www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/mt/k-und-i/aktuelle-ausbrueche-pandemien/2019-nCoV/kategorien-besonders-gefaehrdete-personen.pdf.download.pdf/Liste-besonders-gef%C3%A4hrdeter-Personen_Anhang-6_ab%2024.06.2020_DE.pdf (zuletzt besucht am 15.09.2020).

tung von Gutachten. Auch dieser kommt mit dieser Änderung nunmehr grundsätzlich nur unter bestimmten Voraussetzungen in Betracht (*Einleitungssatz*). Für den Einsatz ist grundsätzlich das Einverständnis beider bzw. aller Parteien notwendig (*Bst. a*). Wie bei den Verhandlungen kann vom Einverständnis aller bzw. der übrigen Parteien abgesehen werden, wenn eine Partei, ihre Rechtsvertretung, die Zeugin, der Zeuge oder die sachverständige Person dies beantragt und glaubhaft macht, dass sie oder er zu einer Kategorie der durch das Coronavirus besonders gefährdeten Personen gehört und keine wichtigen Gründe dagegen sprechen (*Bst. b*) oder wenn ein Gerichtsmitglied zu einer dieser Kategorien gehört und ebenfalls keine wichtigen Gründe gegen die Durchführung einer Verhandlung mittels Videokonferenz sprechen (*Bst. c*). In Zukunft sollen somit für den Einsatz von Videokonferenzen bei Zeugeneinvernahmen und der Erstattung von Gutachten grundsätzlich die gleichen Regelungen gelten wie für Verhandlungen, wobei im Unterschied dazu einzig eine besondere Dringlichkeit dies nicht zu rechtfertigen vermag.

Einsatz von Video- oder Telefonkonferenzen in eherechtlichen Verfahren (Art. 3)

Entsprechend den allgemeinen Regelungen für den Einsatz von Videokonferenzen von Artikel 2 der Verordnung soll auch die besondere Regelung für den Einsatz von Video- und Telefonkonferenzen in eherechtlichen Verfahren angepasst werden. In Zukunft soll insbesondere auch hier gelten, dass der Einsatz solcher Instrumente als Ausnahme grundsätzlich nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig ist (*Einleitungssatz*). Angesichts der besonderen Bedeutung der persönlichen Anhörungen und Verhandlungen in eherechtlichen Verfahren ist in allen Fällen vorausgesetzt, dass keine wichtigen Gründe gegen den Einsatz von Video- oder Telefonkonferenzen sprechen. Wichtigster Fall ist wiederum das Einverständnis beider bzw. aller Parteien (*Bst. a*). Vom Einverständnis beider bzw. aller Parteien kann wiederum abgewichen werden, wenn eine Partei, ihre Rechtsvertretung, die Zeugin, der Zeuge oder die sachverständige Person dies beantragt und glaubhaft macht, dass sie oder er zu einer Kategorie der durch das Coronavirus besonders gefährdeten Personen gehört (*Bst. b*) oder wenn ein Gerichtsmitglied zu einer dieser Kategorien gehört (*Bst. c*). Im Unterschied zur bisherigen Regelung kann auch bei Dringlichkeit nicht mehr von diesen Voraussetzungen abgewichen werden.

Verzicht auf Verhandlung (Art. 5)

Die bisher vorgesehene Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen auf die Durchführung einer mündlichen (Haupt-)Verhandlung zu verzichten, wird aufgehoben. Da diese Ausnahmeregelung angesichts der derzeitigen epidemiologischen Lage und der geltenden Massnahmen weder gerechtfertigt noch weiterhin angezeigt erscheint, hat der Bundesrat im Rahmen seines Entwurfs für das Covid-19-Gesetz auch auf eine diesbezügliche Delegationsnorm verzichtet, so dass eine Weiterführung dieser Regelung allein schon aus diesem Grund derzeit nicht in Betracht kommt.

Betreibungs- und Konkursverfahren (vor Art. 7–9)

Der Titel vor Artikel 7 wird dahingehend angepasst, dass präzisierend auch von «Konkursverfahren» gesprochen wird, ohne dass damit eine Rechtsänderung verbunden ist.

Zustellung ohne Empfangsbestätigung (Art. 7 Abs. 1)

Angesichts der derzeitigen epidemiologischen Lage und der geltenden Massnahmen ist das bisherige Notrechtsregime bei der Zustellung im Betreibungs- und Konkurswesen im bisherigen und unveränderten Anwendungsbereich der Verordnung nur noch unter folgenden zwei kumulativen Voraussetzungen zulässig:

- Der erleichterten Zustellform mit Zustellnachweis muss stets ein gescheiterter ordentlicher Zustellversuch mittels Empfangsbestätigung durch die Behörde (bzw. in ihrem Auftrag durch die Post oder einen anderen Anbieter) vorausgehen.
- Die Empfängerin oder der Empfänger der Sendung muss spätestens am Vortag der ersatzweisen Zustellung von der zustellenden Behörde durch eine telefonische, elektronische oder sonstige Mitteilung (z.B. auch durch direkte bzw. persönliche Information) über die konkrete Zustellung verständigt worden sein. Im Streitfall ist die Behörde, welche die Mitteilung veranlasst hat, dafür beweibelastet, dass die vorgängige Information über die Zustellung tatsächlich und rechtzeitig an die Empfängerin oder den Empfänger erfolgte. Gleichzeitig wird die Möglichkeit der erleichterten Wiederherstellung einer versäumten Frist im Rahmen der erleichterten Zustellung gemäss Artikel 8 der Verordnung weitergeführt.

Geltungsdauer (Art. 10 Abs. 3)

Die Änderung der Covid-19-Verordnung Justiz und Verfahrensrecht tritt am 26. September 2020 um 00.00 Uhr in Kraft.

Die Geltungsdauer der Verordnung wird mit dieser Änderung bis zum 31. Dezember 2021 verlängert. Dies entspricht der Befristung gemäss Entwurf zum Covid-19-Gesetz und stellt jedenfalls die maximale Geltungsdauer dar. Gegebenenfalls kann und muss die Verordnung aufgrund veränderter Umstände bereits ganz oder teilweise früher aufgehoben oder allenfalls auch angepasst werden, wenn die Notwendigkeit dafür ganz oder teilweise nicht mehr gegeben ist.



25 septembre 2020

Ordonnance du 16 avril 2020 instaurant des mesures en lien avec le coronavirus dans le domaine de la justice et du droit procédural

(Ordonnance COVID-19 justice et droit procédural)

Commentaire des modifications du 25 septembre 2020

1 Introduction

Une justice qui fonctionne est un élément intrinsèque et indispensable de l'État de droit. C'est d'autant plus vrai en temps de crise. Malgré la situation que nous vivons, la justice a pour mission et pour responsabilité d'assurer son bon fonctionnement: les procédures et toutes les étapes qui les composent – dépôt d'un acte, audition, administration des preuves, débats, décision, voies de droit – doivent pouvoir être introduites, conduites puis closes. Aujourd'hui aussi il est nécessaire que les parties à un litige puissent recourir à une justice en état de fonctionner et que ces litiges, faute d'un accord à l'amiable, puissent être tranchés le plus rapidement possible par les autorités ou tribunaux compétents.

C'est dans cet esprit que le Conseil fédéral a, le 16 avril 2020, édicté l'ordonnance COVID-19 justice et droit procédural, fondée sur l'art. 185, al. 3, Cst., et en a limité la validité au 30 septembre 2020.

L'art. 7d, al. 2, let. a, de la loi du 21 mars 1997 sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (LOGA; RS 172.010) précise qu'une ordonnance fondée sur l'art. 185, al. 3, Cst. devient caduque dans un délai de six mois après son entrée en vigueur si le Conseil fédéral n'a pas soumis à l'Assemblée fédérale un projet établissant la base légale du contenu de l'ordonnance (ch. 1) ou un projet d'ordonnance de l'Assemblée fédérale fondé sur l'art. 173, al. 1, let. c, Cst. destinée à remplacer l'ordonnance du Conseil fédéral (ch. 2). L'ordonnance devient également caduque lorsque la base légale prévue ou l'ordonnance de l'Assemblée fédérale qui la remplace entre en vigueur ou que le projet est rejeté par l'Assemblée fédérale (art. 7d, al. 2, let. b et c, LOGA). Pour ces raisons, le Conseil fédéral a adopté le message concernant la loi COVID-19 (FF 2020 6363) le 12 août 2020 ; la loi créerait les bases légales nécessaires aux ordonnances COVID-19 fondées sur l'art. 185, al. 3, Cst. qui doivent rester en vigueur passé le délai de six mois.

Par la modification du 25 septembre 2020, l'ordonnance COVID-19 justice et droit procédural restera en vigueur jusqu'à la fin de la durée de validité de la loi COVID-19, à savoir jusqu'au 31 décembre 2021. Elle sera abrogée plus tôt, en tout ou en partie, si la nécessité n'est plus donnée.

Selon la planification actuelle, la loi COVID-19 sera traitée, adoptée et déclarée urgente par les deux Conseils lors de la session d'automne. Le vote final devrait avoir lieu le 25 septembre 2020, si bien que la loi pourra entrer en vigueur le 26 septembre 2020 si elle est déclarée urgente. Une fois la loi entrée en vigueur, les ordonnances ne devront pas être abrogées et remplacées. Seule la base légale sur laquelle elles se fondent changera, l'art. 185, al. 3, Cst. étant remplacé par l'article correspondant de la loi COVID-19 (voir art. 5 du projet de loi COVID-19). Les préambules des ordonnances COVID-19 devront être adaptés après l'entrée en vigueur de la loi. La modification de certaines dispositions de la loi par le Parlement pourra également entraîner des modifications matérielles au niveau des ordonnances. Si le Parlement n'entre pas en matière ou s'il rejette le projet de loi, les ordonnances seront immédiatement abrogées en application de l'art. 7d, al. 2, let. c, LOGA¹.

La modification de l'ordonnance COVID-19 justice et droit procédural contient, en plus de la prolongation de la durée de validité, l'abrogation de la règle dérogatoire permettant de renoncer aux débats (art. 5), l'adaptation des dispositions sur le recours à la

¹ La loi COVID-19 a été adoptée par les deux Conseils le 25 septembre 2020 et a été déclarée urgente. Cela a permis une entrée en vigueur le 26 septembre 2020. L'ordonnance repose ainsi dès ce moment sur une autre base légale (voir l'art. 7 de la loi COVID-19).

vidéoconférence ou à la téléconférence (art. 2, al. 1 et 2, et art. 3) et la modification de l'article réglant la notification sans reçu (art. 7, al. 1).

2 Commentaires des modifications

Recours à la vidéoconférence (art. 2, al. 1 et 2)

Actuellement, il n'est pas toujours possible d'organiser une audience réunissant les parties et les membres du tribunal tout en respectant les recommandations de l'OFSP. C'est pourquoi l'ordonnance prévoit le recours à la vidéoconférence à certaines conditions. Comme l'a retenu le Tribunal fédéral dans sa jurisprudence, le recours à la vidéoconférence n'est pas prévu actuellement par le droit de la procédure civile et il n'y a de ce fait pas moyen d'obliger une partie à participer à une audience principale menée par vidéoconférence ; la communication électronique avec les parties nécessite leur consentement².

L'al. 1 précise que les audiences tenues par vidéoconférence restent l'exception et qu'elles ne peuvent être envisagées qu'à certaines conditions (*phrase introductive*). Il reprend la jurisprudence du Tribunal fédéral et énonce que les parties doivent donner leur consentement (*let. a*). On ne pourra à l'avenir renoncer au consentement que dans trois cas : lorsqu'une partie ou son représentant le demande et rend vraisemblable qu'il ou elle appartient à l'une des catégories de personnes vulnérables au coronavirus et qu'aucun juste motif ne s'oppose à la tenue de l'audience par vidéoconférence (*let. b*), lorsqu'un membre du tribunal appartient à l'une de ces catégories de personnes et qu'aucun juste motif ne s'y oppose (*let. c*) ou lorsqu'il y a une urgence particulière (*let. d*).

Ces règles permettront avant tout de prendre en considération les besoins des personnes vulnérables au coronavirus. Le terme de catégories de personnes vulnérables est repris de l'ordonnance 2 COVID-19³, entre-temps abrogée, dont l'annexe 6 existe encore sous la forme d'une liste publiée par l'OFSP, les « Catégories de personnes vulnérables »⁴. La disposition concerne à la fois les parties et leurs représentants (notamment les avocats) et les membres du tribunal (à savoir les juges). Dans chacun de ces deux cas, il faudra vérifier qu'il n'existe pas de justes motifs s'opposant au recours à la vidéoconférence. Lors de cet examen, il faudra en particulier tenir compte des intérêts légitimes de la partie (adverse) qui s'y oppose, des particularités du cas concret ou des circonstances données ou encore d'autres intérêts dignes de protection. Le tribunal tiendra également compte des possibilités techniques des parties et leur accordera le droit d'être entendues. Les autres conditions du recours à la vidéoconférence sont réglées à l'art. 4, qui n'est pas modifié.

L'al. 2 porte sur l'audition de témoins et la présentation de rapports d'experts par vidéoconférence. Dans ces cas également, le recours à la vidéoconférence n'est plus possible qu'à certaines conditions (*phrase introductive*). Le consentement des parties est en principe nécessaire (*let. a*). Comme pour les audiences, on pourra renoncer au consentement lorsqu'une partie, son représentant, le témoin ou l'expert le demande et rend vraisemblable qu'il ou elle appartient à l'une des catégories de personnes vulnérables au coronavirus, et qu'aucun juste motif ne s'oppose au recours à la vidéoconférence (*let. b*) ou lorsqu'un membre du tribunal appartient à l'une de ces catégories et qu'aucun juste motif ne

² Voir arrêts du Tribunal fédéral 4A_180/2020 du 6 juillet 2020 (destiné à la publication) et 4A_220/2020 du 10 juillet 2020.

³ Voir ordonnance 2 du 13 mars 2020 sur les mesures destinées à lutter contre le coronavirus (COVID-19) (RS 818.101.24 ; abrogée).

⁴ Disponible à l'adresse https://www.bag.admin.ch/dam/bag/fr/dokumente/mt/k-und-i/aktuelle-ausbrueche-pandemien/2019-nCoV/kategorien-besonders-gefaehrdete-personen.pdf.download.pdf/Liste-besonders-gef%C3%A4hrdeter-Personen_Anhang-6_ab%2024.06.2020_FR.pdf (consulté en dernier lieu le 15 septembre 2020).

s'y oppose (*let. c*). À l'avenir, les mêmes règles justifiant le recours à la vidéoconférence vaudront pour l'audition de témoins et la présentation de rapports d'experts que pour les audiences, à une exception près, l'urgence particulière n'étant pas prévue comme motif justificatif.

Recours à la téléconférence ou à la vidéoconférence dans les procédures relevant du droit matrimonial (art. 3)

Le recours à la téléconférence ou à la vidéoconférence dans les procédures relevant du droit matrimonial est adapté, sur le modèle des règles générales fixées à l'art. 2. Il ne sera autorisé qu'à titre exceptionnel, si certaines conditions sont remplies (*phrase introductive*). Vu l'importance que revêt la présence personnelle des parties lors des audiences et auditions relevant du droit matrimonial, le recours à la téléconférence ou à la vidéoconférence sera exclu s'il existe de justes motifs s'y opposant. Les autres conditions fixées sont les suivantes: les parties doivent donner leur consentement (*let. a*), une partie, son représentant, le témoin ou l'expert doit le demander et rendre vraisemblable qu'il ou elle appartient à une des catégories de personnes vulnérables au coronavirus (*let. b*) ou un membre du tribunal doit appartenir à l'une de ces catégories (*let. c*). Contrairement à la réglementation précédente, l'urgence ne permet plus de déroger au consentement des parties.

Renonciation aux débats (art. 5)

La possibilité de renoncer à une audience (principale) à certaines conditions est supprimée. Cette dérogation ne semble plus justifiée ni appropriée au vu de la situation épidémiologique actuelle et des mesures en vigueur, si bien que le Conseil fédéral a renoncé à introduire dans son projet de loi COVID-19 une norme de délégation à ce sujet. Maintenir l'art. 5 ne sera donc de toute façon pas possible une fois que la loi sera en vigueur.

Procédures de poursuite et de faillite (titre précédent l'art. 7)

Le titre précédant l'art. 7 est modifié pour préciser que la procédure de faillite est également concernée. La modification ne change rien au fond.

Notification sans reçu (art. 7, al. 1)

Vu la situation épidémiologique actuelle et les mesures en vigueur, les modalités de notification prévues par le droit de nécessité en cas de poursuite ou de faillite seront encore admissibles à deux conditions cumulatives, le champ d'application de l'ordonnance restant inchangé:

- le mode de notification simplifié contre une preuve de notification ne sera admissible qu'en cas d'échec de la tentative de notification ordinaire, impliquant la remise d'un reçu, par l'autorité (ou par la poste ou un autre fournisseur sur mandat de l'autorité) ;
- l'autorité devra avoir informé le destinataire de la notification au plus tard le jour précédant la notification, par communication téléphonique, par courrier électronique ou par une communication sous une autre forme (par ex. par information directe). En cas de différend, le fardeau de la preuve incombera à l'autorité de qui émane la communication : elle devra prouver que le destinataire a bien été informé de la notification et ce dans les délais. La possibilité de restituer un délai de façon simplifiée, prévue à l'art. 8, est maintenue.

Durée de validité (art. 10, al. 3)

La modification de l'ordonnance COVID-19 justice et droit procédural entrera en vigueur le 26 septembre 2020 à 00 h 00.

La durée de validité maximale de l'ordonnance est prolongée jusqu'au 31 décembre 2021, ce qui correspond à la durée de validité fixée dans le projet de loi COVID-19. L'ordonnance pourra et devra être modifiée voire être abrogée en tout ou en partie en fonction de ce que requièrent les circonstances.